

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/12102 –**

Erfolgsgeschichte Strukturwandel weiterschreiben – Planbarkeit und Verlässlichkeit für die ostdeutschen Strukturwandelregionen sicherstellen

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, die ostdeutschen Regionen im Strukturwandel durch eine Vielzahl von Maßnahmen zu stärken. Dem Verfall von Fördermitteln sollte durch die Möglichkeit eines flexiblen Mitteleinsatzes in den Förderperioden entgegengewirkt werden. Zudem sollten Investitionen in die Bildungs- und soziale Infrastruktur als Investitionen des Strukturwandels anerkannt werden. Auch müssten Kraftwerksstandorte und industrielle Lastzentren an das entstehende Wasserstoffkernnetz angeschlossen, die Schieneninfrastruktur ausgebaut und die Forschungslandschaft sowie die Ansiedlung von Unternehmen in den Kohleregionen weiter gestärkt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/12102 abzulehnen.

Berlin, den 6. November 2024

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Bernd Westphal
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Bernd Westphal

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/12102** wurde in der 182. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. Juli 2024 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Kultur und Medien, den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen und an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der CDU/CSU schickt voraus, 35 Jahre nach dem Mauerfall hätten sich die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland und die Lebensqualität stark verbessert. Dennoch seien nach wie vor sowohl ökonomische als auch soziale Unterschiede zu erkennen. Die Fraktion erläutert, dass das Lausitzer Revier in Brandenburg und Sachsen, das Mitteldeutsche Revier in Sachsen-Anhalt und Sachsen und das ehemalige Braunkohlerevier Altenburger Land bis zum Jahr 2038 Mittel aus dem Investitionsgesetz Kohleregionen erhalten würden. Allerdings zeige sich deutlich, dass die finanzielle Absicherung des Strukturwandels gefährdet sei. Problematisch sei, dass die Bundesmittel aus der ersten Förderperiode für Großprojekte mit einem langen Planungs- und Genehmigungsvorlauf nicht mehr rechtzeitig bis zum Ende des Jahres 2026 abgerufen werden könnten. Es drohe der Verfall von Bundesmitteln. Die hierdurch entstehende Unsicherheit behindere die Projektentwicklung und hemme den Strukturwandel in den Kohleregionen. Zudem würden Fragen zur angespannten Fachkräftesituation, zu den wasserwirtschaftlichen Folgen des Braunkohleausstiegs und der Energieversorgungssicherheit unbeantwortet bleiben.

Die Fraktion der CDU/CSU fordert die Bundesregierung deshalb auf, die ostdeutschen Regionen im Strukturwandel durch eine Vielzahl von Maßnahmen zu stärken. Insbesondere sollten Mittel in den Förderperioden flexibel eingesetzt werden können. Außerdem müssten Investitionen in die Bildungs- und soziale Infrastruktur als Investitionen des Strukturwandels anerkannt werden. Weiter wird gefordert, insbesondere ostdeutsche Kraftwerksstandorte und industrielle Lastzentren an das entstehende Wasserstoffkernnetz anzuschließen und die Schieneninfrastruktur auszubauen. Zudem sollten die Forschungslandschaft in den Kohleregionen weiter gestärkt werden und die Ansiedlung von Forschungsinstituten und Unternehmen unterstützt werden. Auf die weiteren Forderungen im Antrag der Fraktion der CDU/CSU wird verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 20/12102 in seiner 92. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Gruppe Die Linke bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/12102 in seiner 94. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Gruppe Die Linke bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/12102 in seiner 90. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Gruppe Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD und bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Der **Verkehrsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/12102 in seiner 88. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Gruppe Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 20/12102 in seiner 85. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 20/12102 in seiner 86. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Gruppen Die Linke und BSW dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 20/12102 in seiner 67. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 20/12102 in seiner 80. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Gruppe Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 20/12102 in seiner 124. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/12102 in seiner 84. Sitzung am 6. November 2024 abschließend beraten.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/12102.

Berlin, den 6. November 2024

Bernd Westphal
Berichtersteller